



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 26. JANUAR 2022



GÜNGÖR PLÄDIERT FÜR IMPFPFLICHT UND RICHTET BLICK IN DIE ZUKUNFT

Ein klares Plädoyer für die Einführung einer Impfpflicht, aber auch ein Blick in die Zukunft auf das veränderte Leben nach der Pandemie – das waren die Schwerpunkte der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Mustafa Güngör in der Debatte nach einer Regierungserklärung durch Bürgermeister Andreas Bovenschulte. Wie dieses Leben aussehen könnte – diese Frage soll auf einem Symposium mit hiesigen und internationalen Wissenschaftler:innen erörtert werden, schlug Güngör vor.

„Die Konferenz des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hat am Montag beschlossen: Keine Lockerungen, aber auch keine Verschärfung der derzeit gültigen Corona-Maßnahmen. Als SPD-Fraktion halten wir das für richtig“, erklärte Güngör. „Denn wir müssen hin zu einem Leben mit dem Virus in Gemeinschaft und Gesellschaft – und weg von einem allzeit drohenden Lockdown. Das ist aber nicht einfach eine Parole, sondern hat Konsequenzen für unsere gesamte Vorgehensweise.“

So habe Bremen derzeit eine der höchsten Inzidenzen, aber eben auch nach wie vor die bundesweit höchste Quote an doppelt Geimpften sowie eine der höchsten Boosterquoten. Die Situation in den Krankenhäusern sei sehr ernst zu nehmen, sie sei angespannt, aber stabil. Und die Ansteckungsgefahr durch Omikron sei um ein Vielfaches größer als bei vorherigen Varianten, die Krankheitsverläufe seien aber in aller Regel leichter – bei jenen, die geimpft und geboostert seien. „Und deshalb ist und bleibt der Weg, den wir in Bremen eingeschlagen haben, so richtig: Impfen, impfen, impfen! Das ist der Königsweg aus der Pandemie – und diesen müssen wir weitergehen“, so Güngör.

Er wolle sich keinesfalls für Sorglosigkeit und Laissez-faire aussprechen, betonte der Sozialdemokrat. Dafür sei die bundesweite Impfquote noch zu niedrig und zu wenig über die langfristigen Schäden durch Long Covid bekannt. „Aber klar ist: Wir können – und wir wollen – angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung nicht mehr jedes halbe Jahr in einen kompletten Lockdown. Das halten wir wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht aus – und unsere Kinder und Jugendlichen schon gar nicht!“

„Wir werden mit dem Virus leben müssen“, so Güngör weiter. „Und weil das so ist, plädieren wir für eine bundesweite Impfpflicht, um einer möglichen ‚fünften Krankheitswelle‘ frühzeitig entgegenzutreten. Die Zustimmung in der Bevölkerung zu einer solchen Impfpflicht liegt laut Umfragen bei zwei Dritteln oder gar mehr. Das betone ich gerade angesichts derjenigen, die sich auf so genannten Spaziergängen gerne als gesellschaftliche Mehrheit gerieren.“ Diese Gruppe, die Sorgen und Ängste der Menschen ausnutzen um ihr rechtsextremes und rassistisches Gift zu streuen, sagte Güngör entschieden den Kampf an. „Wir Demokraten lassen uns von Staatsfeinden nicht an der Nase herumführen!“

Er freue sich darüber, dass die Gesundheitsminister:innen der Länder am Samstag einstimmig die Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht befürwortet hätten. Und er freue sich, dass nun auch konkrete Pläne einer allgemeinen Impfpflicht vonseiten der Befürworter:innen aus der Ampelkoalition in Berlin vorlägen, über die der Bundestag heute erstmals debattierte. „Dies zeigt: Die Bundesregierung und die sie tragenden Kräfte sind handlungswillig – und sie sind handlungsfähig! Ich sage es ganz deutlich: Nach gerade einmal eineinhalb Monaten im Amt ist aus den Reihen der Koalitionsabgeordneten der neuen Bundesregierung ein Vorstoß auf den Weg gebracht worden, der mutig, der durchdacht und der umsetzbar ist. Die Impfpflicht kommt, daran gibt es keinen



Foto: Bremische Bürgerschaft

Zweifel!“, sagte Güngör und betonte: „Die SPD-Fraktion in Bremen ist klipp und klar für eine Impfpflicht, bundesweit für alle Erwachsenen. Und das Thema ist dort angekommen, wo es hingehört; nämlich auf Bundesebene im Deutschen Bundestag. Und dort befindet es sich bereits in der Umsetzung.“

„Das Impfen, um mit dem Virus überhaupt leben zu können, ist entscheidend. Aber gerade weil wir jetzt berechtigte Hoffnung auf ein absehbares Ende der Pandemie haben, wird es meines Erachtens auch Zeit, sich über das veränderte Leben danach Gedanken zu machen“, so Güngör weiter. Dabei müsse es um die Frage gehen, vor welchen grundsätzlichen Herausforderungen Bremen und Bremerhaven nach Corona stünden. Drei Punkte hob Güngör dabei hervor. Zum einen habe es bereits vor Corona ein enormes Wachstum im Online-Handel, und während Corona einen drastischen Anstieg bei Lieferservices gegeben. Zu klären sei also, was dies für Gastronomie, Geschäfte und die Innenstädte bedeute. Auswirkungen auf die Innenstädte hätte des Weiteren, dass die Digitalisierung bei den Menschen angekommen und Homeoffice in vielen Bereichen selbstverständlich geworden sei, was den Bedarf an Büroflächen verringere. Und schließlich habe sich das Mobilitätsverhalten geändert, die Menschen nutzten weniger ÖPNV-Angebote und mehr individuelle Fortbewegungsmittel. Dies müsse in der Verkehrspolitik berücksichtigt werden. Der ÖPNV müsse attraktiver gestaltet, Fahrradwege in die Gewerbegebiete geschaffen, kurze Wege in den Quartieren hergestellt werden – wie es das Konzept der 10-Minuten-Stadt der SPD-Fraktion vorsehe.

„Vieles davon ist nicht neu. Aber es bekommt jetzt eine noch viel größere Qualität und Dringlichkeit“, betonte Güngör. „So froh ich bin, dass wir ihn haben – aber wir müssen über den Bremen Fonds und seine einzelnen Maßnahmen hinausdenken. Und deshalb bin ich dafür, dass wir im ersten Halbjahr 2022 in Bremen ein Symposium mit hiesigen und internationalen Wissenschaftler:innen organisieren; mit Risikoforschern und Stadtsoziologen, die die entscheidenden Trends und Herausforderungen durch Corona für unser Land benennen. Auf dieser Grundlage brauchen wir dann einen Prozess, wie wir diese Schwerpunkte nachhaltig angehen. Über die Frage, wie wir diesen Prozess gestalten und verankern, darüber werden wir als Parlamentarier:innen gemeinsam zu sprechen haben. Ich finde, die Zeit dazu ist reif!“

SERMIN RIEDEL ZUR POLIZEI- UND FEUERWEHRBEAUFTRAGTEN GEWÄHLT

Die Bürgerschaft hat heute mit 60 von 62 abgegebenen Stimmen Sermin Riedel, bisher Leiterin des Migrationsamts, zur ersten unabhängigen Polizei- und Feuerwehrbeauftragten gewählt. Sie wird das Amt nun für die nächsten fünf Jahre bekleiden. „Wir freuen uns, dass Frau Riedel als Polizei- und Feuerwehrbeauftragte direkte Ansprechpartnerin für alle Bürger:innen ist, die sich in Polizeiangelegenheiten an eine unabhängige staatliche Stelle wenden wollen“, gratulierte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, am Rande der Sitzung. „Gleichzeitig wird sie vor allem auch den Kolleg:innen der Polizei und Feuerwehr für Beschwerden, Fragen oder Anmerkungen zur Verfügung stehen. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, wie vertrauensfördernd diese Stelle wirkt – und welch positive Resonanz von allen Seiten damit einhergeht.“

Auch die Polizei beurteilt diese Schlüsselrolle positiv, wie Lenkeit betonte. „Der Grund dafür ist, dass wir diese Position als Ombudsstelle schaffen, welche das partnerschaftliche Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zur Polizei nachhaltig



Sermin Riedel nach ihrer Wahl in der Bürgerschaft

Foto: Bürgerschaft

stärkt. Wir halten Frau Riedel aufgrund ihrer Erfahrungen und Kompetenzen für eine ideale Besetzung.“

GESETZ LANDESMINDESTLOHN WIRD AUSGEWEITET

Die Bürgerschaft hat heute in erster Lesung eine Ausweitung des Landesmindestlohns auf europaweite Vergabeverfahren beschlossen. Einen Oppositionsantrag zur Abschaffung der Landesregelung im Hinblick darauf, dass der Bundesmindestlohn auf 12 Euro steigen soll, lehnte das Parlament jedoch ab. „Wir waren das erste Bundesland, das einen Mindestlohn eingeführt hat – und damit Beispiel gebend“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann. „Und wir sind gut beraten, dies mit dem heutigen Gesetz auszubauen.“

„Dass der Bundesmindestlohn auf 12 Euro steigen soll, ist richtig und sinnvoll – das

heißt aber nicht, dass das, was wir hier tun, sinnlos ist“, erklärte der Sozialdemokrat und wies darauf hin, dass entgegen der Behauptung der Opposition die Zahlen nicht in gleicher Höhe lägen. Grund dafür



Volker Stahmann

sei die Bremer Regelung, die nach der Erhöhung auf 12 Euro bei weiteren Erhöhungen eine Kopplung an die unterste Entgeltgruppe des Tarifvertrags der Länder vorsieht. „Diese Kopplung beinhaltet, dass

Tarifvertragsparteien über die Erhöhung entschieden haben“, betonte er. „Und wenn zum 1. Dezember eine Erhöhung von 2,8 Prozent im öffentlichen Dienst vorgesehen ist, gehe ich davon aus, dass der Landesmindestlohn entsprechend auf 12,38 steigt. Diesen abzuschaffen würde also eine Verschlechterung bedeuten.“

„Damit“, so Stahmann abschließend, verbinden wir das klare politische Signal, dass wir den Landesmindestlohn entsprechend erhöhen wollen, um denjenigen Menschen zu helfen, die am wenigsten haben. Und es ist absolut richtig, dies heute auf europäischer Ebene auszuweiten.“

ANFRAGE EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT UNTERSTÜTZEN!

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Grundlage einer lebendigen und widerstandsfähigen Demokratie“, sagte Muhammet Tokmak, Sprecher für Bürger:innenbeteiligung und ehrenamtliches Engagement der SPD-Fraktion, heute in seiner Rede in der Bürgerschaft. Die rot-grün-rote Koalition hatte daher eine Große Anfrage zum Thema ehrenamtliches



Muhammet Tokmak

Engagement an den Senat gerichtet. Die Antwort wurde heute in der Bürgerschaft debattiert.

196.000 Menschen ab 14 Jahren engagierten sich im Land Bremen ehrenamtlich,

zitierte Tokmak aus der Antwort des Senats. „Das sind über 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, die sich in ganz verschiedenen Feldern, etwa in Sportvereinen, Nachhilfe, bei der freiwilligen Feuerwehr und vielem mehr engagieren. Menschen, die eben durch Gründung von Vereinen und Organisationen oder dem Aufstellen und Initiieren von Initiativen dort Lücken schließen, wo sie entstehen.“

„Um das auch nochmal zu verdeutlichen: Ohne eine engagierte Zivilgesellschaft werden wir die Corona-Pandemie nicht bewältigen“, betonte der Sozialdemokrat auch ein aktuelles Thema. „Daher muss es unser politisch ureigenes Interesse sein, Vereine, Menschen und Organisationen in dieser Krise zu unterstützen. Denn auch viele Vereine leiden unter den Einschränkungen der Pandemie. Aus diesem

Grund haben wir den Unterstützungsfonds für Vereine ins Leben gerufen. Und wir müssen sicher noch mehr tun und überall dort, wo wir Unterstützung leisten können, unterstützen, sei es bei der Digitalisierung, im Gemeinnützigkeitsrecht oder beim Abbau von Bürokratie.“ Wichtig sei es zudem, Vereine, Organisationen und Initiativen dabei zu unterstützen, nachhaltige Nachwuchsstrategien zu entwickeln.

„Denn“, so betonte Tokmak abschließend, „wir können froh sein, in einem Bundesland zu leben, in dem sich so viele Menschen ehrenamtlich engagieren. Nun liegt es an uns, dieses Engagement eben auch tatkräftig zu unterstützen und weitere Hilfestellungen zu leisten. Dabei legen wir große Hoffnung in die Engagementstrategie, die der Bremer Senat entwickelt.“